Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Für Ausfall von Lieferungen normalerer Art, wie es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustr. Unterhaltungsbeilage „Welt im Bild", monatlich 1.36 M., außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.36 M., monatlich 45 Pf. Bringerlohn, Postbezug 1.36 M. zuzüglich Post- u. Zustellgebühr. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Marienstraße 38. Fernsprecher Nr. 25241. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Marienstraße 40. Fernsprecher Nr. 25241 und 12741. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Kleinspaltzeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Tirgs. Rabatt. Für Briefnachweis 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 79 | Dresden, Donnerstag, den 3. April 1930 | 41. Jahrgang

Kabinett Brüning gerettet

Das Mißtrauensvotum abgelehnt - Die Deutschnationalen stimmten geschlossen dagegen

rs. Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht.)

Im Reichstag wurde heute über den Mißtrauensantrag abgestimmt. Für den Mißtrauensantrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten, während die hinter der Regierung stehenden Parteien und die Deutschnationale Partei geschlossen gegen das Mißtrauensvotum stimmten. Der Antrag wurde mit 252 Stimmen abgelehnt gegenüber 187 Ja-Stimmen. Die Deutschnationalen hatten sich in ihrer Vormittagssitzung entschlossen, gegen den Mißtrauensantrag zu stimmen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihr Agrarprogramm vorzutragen.

Der sozialdemokratische Angriff

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

D. Der Reichskanzler aus der Zentrumspartei hat mit dem Artikel 48, mit der Verhängung des Ausnahmezustandes gedroht. Die Sozialdemokratie hat ihm am Mittwoch durch ihren Fraktionsführer Breitscheid in einer großen Parlamentsrede sagen lassen, daß die Anwendung des Artikels 48 einen glatten Verfassungsbruch bedeuten würde. Mehr noch. Die stärkste Partei im Reichstag und im Volke hat dem Reichskanzler in derselben Rede erklärt: „Verläßt die Regierung den verfassungsmäßigen Boden, so kann sie von uns nicht verlangen, daß wir auf dem Boden der Verfassung bleiben." Unabsehbare Entwicklungen tun sich auf, wenn der Zentrumskanzler von den Abenteurern innerhalb und außerhalb seines Kabinetts, Treviranus voran, sich verleiten läßt, vom Boden der Verfassung abzuweichen. Das Parlament des Seekadetten — so nannte Breitscheid in seiner Rede diese Draufgängerei des Kapitänleutnants im Ministeramte. Es wurde kein Widerspruch gegen diese Bezeichnung laut. Von den Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei fühlt man die Gefahr für die ruhige Entwicklung, die die Stunde in sich birgt. Schonung für diese Regierung gibt es bei der Sozialdemokratie nicht. Breitscheid kündigte die sachliche, aber scharfe Opposition an. Mit allen Konsequenzen. Neuwahlen schrecken uns nicht. Wir weichen dem Kampf nicht aus. Ein demonstrativer Beifallssturm der sozialdemokratischen Fraktion unterstrich die Kampfansage des Führers.

Effer vom Zentrum hatte nur eine formulierte Erklärung mit auf die Tribüne gebracht. Breitscheids Rede aber ließ ihn erkennen, daß es Ernst wird. Herr Effer gab daher noch Erläuterungen, noch Ergänzungen. Das Zentrum wolle keinen allgemeinen Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung. „Es werde keine soziale Reaktion unter Brüning geben" — erklärte pathetisch der Zentrumsredner. Die Deutsche Volkspartei will aber den Abbau der Arbeitslosenversicherung, und gerade mit der Deutschen Volkspartei hat sich das Zentrum jetzt verbunden. Gerade mit Hilfe des Zentrums will die Deutsche Volkspartei jetzt den Abbau durchsetzen. Das ist die Situation. Die bisherige Koalition ging in die Brüche, weil der Widerstand der Sozialdemokratie gegen diesen sozialen Rückschritt und gegen die Steuerscheu der Besitzenden nicht zu brechen war.

Der Volksparteiler Dr. Scholz, im Bewußtsein seiner Macht hinter den Kulissen, beschränkte sich auf der Parlamentstribüne auf wenige Worte. Er verlangte die sofortige Vorlage der Sanierungsgesetze und ließ auch keinen Zweifel, daß die Volkspartei mit dem, was sie bei der Arbeitslosenversicherung abbauen will, aufräumen will. Dann redete der Kommunist Pieck eine Stunde lang, während die Abgeordneten aller Parteien sich zum Mittagessen zurückzogen. Nie erlebt man doch eine kommunistische Rede irgendwelche Beachtung im Reichstag erweckt. Das ewige Herleiern derselben Worte verdient auch kein Anhören.

Aufmerksam aber wurde es als die neue Regierungspartei, die Volkskonservativen, durch Schlange-Schöningen sprechen ließen. Man merkte wie recht Herr Brüning hatte, als er erklärte, sein Kabinett sei koalitionsmäßig nicht gebunden. Es war alles andere als eine Koalitionsrede. Mit großer Deutlichkeit die schon an Unhöflichkeit grenzte machte Schlange-Schöningen [illegible] der bisherigen Regierung, zu der doch auch drei der jetzigen Regierungsparteien gehörten, herunter. Er nannte [illegible] Müller das Kabinett der verpaßten Gelegenheiten. [illegible] sprach von einem Arbeitsministerium der Arbeitslosen. Er hielt [illegible] das Kabinett habe erhebliche [illegible] Fehler gemacht und blickte auf Dr. Curtius und [illegible] als er meinte [illegible] Partei [illegible] Parteien [illegible] Partei [illegible] Reichsminister des besetzten Gebiets.

Dr. Treviranus, nach wie vor für eine Außenpolitik, die eine Verlängerung der Besetzung bedeuten würde. Dagegen feierte Schlange die Agrarpolitik der neuen Regierung. Zum ersten Male sei die Agrarfrage zum Kernstück eines Regierungsprogramms geworden. Der volkskonservative Redner schwang geradezu die schwarze Fahne der Bauernrebellion über seinem Kabinett. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß dieses Kabinett eine hochagrarische, städtefeindliche Politik machen muß, wenn es von der Unterstützung der Volkskonservativen leben will. Schließlich rühmte Schlange die Regierung als die Regierung starker Persönlichkeiten gegen „die übermäßige Demokratie". Im Zentrum und bei den Demokraten war man während dieser weniger volkskonservativen als recht hochkonservativen Rede sichtbar unruhig und nervös. Man darf sich auf manche Schwierigkeiten innerhalb der Regierung gefaßt machen.

Auf Schlange-Schöningen folgte der Bayerische Bauernbündler Fehr, der an die Regierung eine Absage richtete, falls sie es wagen sollte die Biersteuer einzubringen. Dafür verlangte er einen radikalen Abbau der Arbeitslosenversicherung und schwelgte geradezu in Herabwürdigung der Arbeitsmoral des Proletariats. Nebenbei verlangte er eine Abdrosselung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Waren. Der Wirtschaftsparteiler Bäckermeister Drewitz hielt eine Rede für den Schutz der christlichen Familie, meinte aber selbstverständlich nur den Abbau von Steuern, was ja der einzige wirkliche Programmpunkt dieser Partei ist. Dem neuen Minister der Wirtschaftspartei, Dr. Bredt, war übrigens während dieser Sitzung schon ein schwerer Unfall passiert. Dr. Breitscheid war boshaft genug, ein Stück aus einer Rede vorzulesen, die Dr. Bredt vor wenigen Tagen als Abgeordneter im Hause gehalten hat. Damit verbat er sich von der Regierung, mit leeren Versprechungen über Steuersenkung zu kommen. Das sei Schwindel, an den niemand im Volke mehr glaube. Jetzt sitzt derselbe Dr. Bredt auf der Regierungsbank und ist verantwortlich für eine Regierungserklärung, die dasselbe enthält, was er soeben noch als Abgeordneter für Schwindel erklärt hat.

Während der ganzen Sitzung waren die Bänke der Deutschnationalen vollkommen leer. In deren Fraktionszimmer spielten sich stundenlang schwere Kämpfe zwischen Hugenberg und großen Teilen seiner Fraktion ab. Der Ausgang dieser Kämpfe wird zugleich das Schicksal der Regierung Brüning entscheiden. Dieses Reichskabinett kann sich nur halten, wenn Graf Westarp und Schiele als Verbündete über Hugenberg siegen. Damit wäre zugleich Brüning zum Führer eines echten und runden Bürgerblocks geworden.

* * *

Der deutschnationale Zwist

Hugenberg gegen, die Agrarier für Brüning

Aus Berlin wird uns gemeldet:

Die deutschnationale Reichstagsfraktion wußte am Mittwoch immer noch nicht, ob sie für oder gegen das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie stimmen soll. Sie hat auch am Mittwoch stundenlang beraten, ohne zu einer Entscheidung zu kommen.

Der Vorstand des Reichslandbundes ist in seiner großen Mehrheit für die Regierung, also gegen Hugenberg und den Vorstand der Deutschnationalen Partei.

Der Beschluß des Reichslandbundes lautet:

„Der Bundesvorstand des Reichslandbundes spricht seinem Präsidenten, Minister Schiele, einmütig den Dank für sein mannhaftes Handeln aus, gelobt ihm die Unterstützung des deutschen Landvolkes mit allen Mitteln in seinem schweren Kampf für die Rettung der deutschen Landwirtschaft und erwartet demgemäß, im Gegensatz zu den Absichten der Sozialdemokratie, das Kabinett zu stürzen, von allen parlamentarischen Vertretern des Landvolkes eine Haltung, die dem Kabinett Brüning-Schiele die Möglichkeit zur Durchführung des Agrarprogramms gibt."

Der arbeitsunfähige Landtag

Auch der Beamtenausschuß vertagt

Der Beamtenbesoldungsausschuß des Landtags konnte heute seine Tagesordnung, die Beratung der Frage über die Umzugskosten, genau so wenig erledigen wie gestern der Haushaltausschuß die seinige, da auf Antrag der Kommunisten sofort nach Beginn der Sitzung Vertagung bis zur Bildung einer neuen Regierung beschlossen wurde. Der Antrag wurde gegen fünf bürgerliche Stimmen angenommen.

Das siebzehnte Kabinett

Fünf Reichsparlamente

H. F. Die deutsche Republik hat bis jetzt während der elf Jahre ihres Bestandes sechzehn Kabinette kommen und gehen sehen. Nun haben wir das siebzehnte! Die meisten der Regierungswechsel waren von mehr oder minder langen und schweren Krisen geschüttelt. Berechnet man das Leben der einzelnen Regierungen nach dem Durchschnitt, so ergibt sich eine Dauer von etwa neun Monaten für jede. Die meisten waren von kürzerem Bestand, einige hielten länger. Am längsten hat sich die eben zu Bruch gegangene Regierung Hermann Müller mit rund einundzwanzig Monaten behauptet. Sie erreichte also einen „Rekord". Das war nicht zuletzt deshalb möglich, weil die sozialdemokratischen Minister und die Fraktion eine kaum erträgliche Nachgiebigkeit gegenüber den bürgerlichen Zumutungen zeigten. Hatte man doch von seiten dieser in öffentlichen Aeußerungen die Absicht vertreten, daß diese Regierung nun endlich einmal dauerhafter sein, wenn irgend möglich bis an das legale Ende des Reichstags bestehen sollte. Die Gegner nahmen dieses Bekenntnis schmunzelnd zur Notiz und zogen daraus allerhand nebenstehende Konsequenzen.

Am kurzlebigsten war bisher das erste Kabinett Stresemann im Jahre 1923. Das hielt nach ungefähr einem Vierteljahr [illegible] und einem anderen, das allerdings auch unter Führung Stresemanns stand. Wenig machen mußte. Sozialdemokratische Reichskanzler hat es während dieser Zeit vier gegeben. Der Reichskanzler nach der Gewalt Scheidemann, Bauer, Hermann Müller der dann ein zweites Mal an [illegible] der Spitze der neuen Regierung stand. Der Vorsitzer der ersten dieser sozialistischen Kanzler währte vom 13. Februar 1919 bis zum 21. Juni 1920, insgesamt also reichlich sechzehn Monate. Im übrigen haben an der Spitze der verschiedenen Regierungen gestanden: die Zentrumsleute Marx viermal, Wirth zweimal, Fehrenbach einmal; die Deutschvolksparteiler Stresemann und Luther je zweimal; Cuno (ohne ausgesprochene Parteirichtung) einmal.

Die Sozialdemokraten waren in der Zeit von Ende November 1923 bis nach den letzten Reichstagswahlen vom 10. Mai 1928 überhaupt nicht an der Reichsregierung beteiligt. Ihr demonstrativer Austritt im Herbst 1923 erfolgte bekanntlich wegen des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen und in Thüringen. Die Regierungsbeteiligung einer Koalition mit Bürgerlichen hatte damals unter der Kanzlerschaft Stresemanns nur reichlich drei Monate gedauert. Aber es war eine verhängnisvolle kurze Zeit für die Sozialdemokratische Partei, in die die Zustimmung zu dem berüchtigten Ermächtigungsgesetz fiel. — Die neue Regierung Brüning hat eine Zeit von reichlich zwei Jahren vor sich, im Fall sie ihr Dasein bis zum legalen Ende des gegenwärtigen Reichstags fristen kann, wenn wohl ich Ernst niemand glaubt.

Nicht viel stabiler wie die Regierungen waren die Reichsparlamente, die wir seit der politischen Umgestaltung erlebten. Die deutschen Reichswähler mußten in den elf Jahren fünfmal an die Urne gehen. Normale Wahlen sollen nach der Verfassung alle vier Jahre stattfinden. Die Nationalversammlung war nur eine verhältnismäßig kurze Erscheinung mit der Aufgabe, eine